

Der Volksstaat

Er scheint wöchentlich 2 Mal in Leipzig.
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Buchbindungen des In- und Auslandes an.
Für Leipzig nehmen Bestellungen an:
die Expedition, Hobestraße 4.
die Genossenschaftsbuchdruckerei, Zeigerstraße 44.
H. Debel, Peterstraße 18.
D. Müller, Vapereckstraße 8b, III.

Abonnementspreis:
für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 12 1/2 Sgr.
pro Quartal,
pro Monat 4 1/2 Sgr.
für Leipzig und Umgegend pro Quartal 13 Sgr.
Zusatzgebühren für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
via New York.
G. A. Sönneder,
155 W. Lake Chicago (Ill.)

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 91.

Mittwoch, 13. November.

1872.

Wer die Strikes macht.

Seit Jahren ist es ein Lieblingsbema unserer Gegner, die Strikes für das Werk der Sozialdemokratie oder richtiger Sozialdemagogie anzugeben, und daraus Schlüsse auf die Gemeinwohllichkeit unserer Bestrebungen zu ziehen. Vergebens ist hundertmal der Nachweis geführt worden, daß die Arbeitseinstellungen nicht der Ranne und Willkür der Arbeiter entspringen, sondern Folgen der Noth und gedrückten Lage sind; daß sie mit der Sozialdemokratie absolut nichts zu thun haben, wie ein Blick auf England lehrt, daß im Gegentheil die wahren Urheber in allen Fällen die Herren Arbeitgeber sind, die, wenn sie human mit ihren Arbeitern verfahren wollten, mit Leichtigkeit jeden Strike vermeiden könnten — es nützt nichts; wir reden in den Wind, und das alte Geschimpfe geht stets wieder von Neuem los.

Jetzt kommt uns nun plötzlich Hilfe von einer Seite, von der wir sie nicht erwartet hätten. In der „Berliner Volkszeitung“, die selber nicht wenig auf jenem Lieblingsbema herumgeritten, sind die wir nachstehende Enthüllung aus dem Bourgeoislager, welche uns zeigt, auf welcher Seite die „gewissenlosen Menschen“ sind, welche „aus niedrig selbstsüchtigen Zwecken mit dem Loos von Tausenden ein schnödes Spiel treiben“. Die Enthüllung findet sich in der „Volkszeitung“ vom 1. d. Mts. und lautet:

„Aus dem Bergisch-Märkischen, Ende Oktober. (Priv.-Mitth.) Die galoppirende Habsucht durchsägt unser durch seinen Gewerkschaftsgegnertes Land und verseht alle seine wirtschaftlichen Betriebsbedingungen und Verhältnisse in Schwankungen, welche Stadt und Land, Industrie, Handel, Ackerbau, Kapitalisten und Arbeiter, kurz Alles und Alle demüthigt in harte Verluste und Sorgen, ja, in schwer zu überwindende Katastrophen stürzen müssen. Börsenschwandel — und Kohlenmangel, Unverständnis oder Ungehörigkeit der Eisenbahndirektoren und Willkürlichkeit oder Geschäftsunkenntnis der staatlichen Verwaltungsbeamten hoch und niedrig, bieten sich wissenschaftlich und unwissenschaftlich die Hand, um dem nächst einen Zustand herbeizuführen, bei dem die Schlimmen, die Wissenden eine Erndte zu machen denken und nach dem Prinzip: nur jetzt möglichst großen, schwindelhaften Gewinn, nachher — die Sündfluth! — Nehmen Sie nun noch hinzu die einschüchternde Unbilligkeit und Engherzigkeit vieler Industriellen, die Strikeleust der fufemweis erbitterter und begehlicher werdenden Arbeiter, dann sehen Sie mit uns in die sehr trübten und ängstigen Zustände hinein, wie wir sie in Kohlennoth, in unerhörten Preis-Schwankungen des Rohmaterials und in Unsicherheit der Vertragseinhaltungen bereits erlebten und bald genug wieder erleben werden. Es ist das Zug um Zug nachzuweisen, wie ich dies jetzt kürzlich thun will, da ich hoffe, Sie werden finden, daß solche Bilder von allgemeinstem Interesse sind. — Bereits vorigen Winter hatten wir ja die Kohlennoth und die Preissteigerung und die Betriebsstillstände und all das Elend, was damit zusammenhängt. Daß Ungehörigkeit und böser, wucherischer Wille den Uebelstand künstlich in die Höhe getrieben hatte, zeigte sich deutlich darin, daß, noch ehe recht der Frühling kam, der Rückschlag bereits eintrat. Anstatt des Mangels war mit einem Male Ueberfluß an Kohlen da; die Preise gingen herab, die Lager wuchsen, und im Juni und Juli, wo ein weiteres Sinken der Preise in Aussicht stand, lagen erregungslos ca. 12 Millionen Scheffel Kohlen in Ruhrort und Duisburg. Da kam der unglückselige Strike vom Essener Kohlenbezirk. Die Zeitungen haben damals viel darüber gestritten, wer an demselben Schuld gewesen sei. Wer hier die Verhältnisse kannte, der wußte es ganz genau. Die Löhne im Bergischen Essen waren ja ohne Frage ungenügend und die von lange her gesteigerte Unzufriedenheit der Bergleute eine zum Theil (?) wohl berechtigte. Indes, wenn die Arbeiter nach eigener Beurtheilung der so klar liegenden Verhältnisse zu handeln schon geneigt wären, dann würden sie sich in dem damaligen Moment sicherlich vor dem Strike gehütet haben. Den Gewerkschaften lag ja die Ausrede so nahe, daß sie die Löhne nicht erhöhen könnten, da die daliegenden Massen der geforderten und nicht abzuführenden Kohle sie zur Herabsetzung der Preise zwängen. Aber die Kohlenhändler, die ihre noch zu theueren Preisen abgeschlossenen Kohlen abnehmen mußten und, wenn die Förderung weiterging, ohne schwere Verluste nicht wieder los werden konnten, schürzten; und dann halfen die jesuitischen Pfaffen, denen die soziale Unzufriedenheit sehr gelegen kam, um auch die konfessionelle daran anzublasen, und endlich die sozialistischen Heger (!), denen ja gar nicht daran liegt (!?), daß durch einen Strike höhere Löhne erlangt und ein, wenn auch nur vorübergehender Zustand von Zufriedenheit herbeigeführt werden soll. Und richtig, die Arbeitseinstellung trat ein, und Schritt für Schritt folgte nach, was man voraussehen konnte: schwer zu berechnender Nachtheil der Industrie und des ganzen Publikums. In Besorgnis vor dem kommenden Mangel bei eingestellter Förderung drängte die Nachfrage schnell heran, und nun ging die Ausbeutung ohne Scham und Scheu los. Zuerst seitens der Gewerkschaften, welche die Preise unerhört steigerten, von 16 bis 20 Thlr. auf 28 bis 32 Thlr. pro 100 Str. ohne den die Arbeit wieder aufnehmenden Arbeitern, welche obenin in Schulden gestürzt waren, nur nebensüchtige Lohnzulagen bewilligt zu haben. Dann bekamen die Händler Oberwasser, diese stets bereiten Helfershelfer, wo es Ausbeutung galt: wo es irgend ging, legten sie zu den höchsten Preisen gleich Beschlag auf die gesammte Produktion. So konnten und können selbst solche Abnehmer, welche schon im Frühjahr zu noch billigen Preisen Zeitverträge auf Empfang von Kohlen abgeschlossen hatten, zusehen, wo und wie sie solche bekommen möchten. Man wendet selbstredend, d. h. kontraktbrüchig die Kohlen lieber den Abnehmern zu, welche jetzt zu hohen Preisen kontrahieren. Und wohinter kann man sich da nicht alle verstecken?!

Bald, wenn die zu liefernden Waggons nicht kommen, heißt es: „Ein Extrazug wird sie bringen“, und wenn dann der Extrazug ausbleibt, heißt es wieder: „die Direktion hat den Extrazug nicht bewilligt, oder es fehlt an Waggons.“ Das sind die Folgen davon, daß die Bahnverwaltungen nicht auf den Vorschlag von 17 rheinisch-westfälischen Handelskammern eingegangen sind, wonach die Abschlässe auf Kohlenlieferung zwischen den Zechen und den regelmäßigen Beziehern stets bei den betreffenden Bahnverwaltungen angemeldet werden sollten, damit diese bei Zeiten und bei voller Ueberlicht der an sie kommenden Ansprüche ihre Dispositionen treffen könnten. Das sind die Folgen davon, daß der Herr Handelsminister sich wol hütet, die Privat-Bahnverwaltungen aus der Bequemlichkeit des Gewohnheitsganges aufzurütteln, da man sonst mit Fingern darauf weisen möchte, wie auch bei den Staatsbahnen, also unmittelbar unter seiner Leitung der alte süße Schlenkrian die Hauptrolle spielt. Das sind die Folgen davon, daß die Regierung bei ihrer Eisenbahnpolitik entweder an festen Prinzipien fehlt, oder daß diese so absonderlich sind, daß einfacher, gesunder Menschenverstand sie nicht begreift. Warum z. B., wenn der Herr Minister den allein richtigen Gedanken zurückweist, das gesammte Eisenbahnwesen zur Sache des Staates zu machen, warum sorgt er dann nicht wenigstens dafür, daß Industrie und Publikum nicht schuplos dem Eigennutz und der Gargier des Privat-Monopols verfallen? Warum, wenn die Bergisch-märkische Bahn die von ihr zu verfrachtenden Gütermassen nicht bewältigen kann, legt er der rheinischen Bahn so viel Hindernisse bei dem Vorhaben in den Weg, jener durch Konkurrenzbahnen ein gut Theil davon abzunehmen? — So sind die Industriellen wie das gesammte Publikum willenslose Spielbälle in den Händen der wucherisch verdrübten Zechen und Händler; so dürfen die ersteren gar nicht mucken, wenn sie endlich ein paar Waggons Kohlen zur äußersten Nothdurft herankommen und dann sehen, daß man ihnen eine Kohle von weit geringerer Güte, als bedungen, sendet, damit sie entweder „warten sollen, bis wieder andere Flüge gebaut werden“, oder damit sie, wo möglich, die ganzen Vortheile ihrer zu besserer Zeit geschlossenen Verträge fahren lassen. So steht schon jetzt, bei Beginn des Winters die Kohlennoth wieder drohend vor der Thür.

Es ist ohne Frage die Pflicht der Presse und der durch sie informierten und aufgerichteten Regierung, namentlich den Bahnverwaltungen die Augen zu öffnen über das Ungehörige ihres Eigennutzes, ihrer Trägheit, ihrer Beschränktheit, womit sie Vorschläge der geschäftstüchtigen Industrie unbeachtet lassen oder aus nichtigen Gründen zurückweisen. Noch ein solcher Winter, wie der vorige, oder ein noch schlimmerer wird sonst schon zeigen, wie durch Erbitterung der Arbeiter, durch das wiederholte Erliegen und den endlichen Ruin der bedeutungsvollsten vaterländischen Fabrikationen und Produktionen die gesammte bergisch-märkische Bevölkerung in die Mitleidenschaft der schwersten Uebel gestürzt wird.“

Aus diesem „Blick hinter die Kulissen“ ersehen wir, daß die Herren Grubenbesitzer es waren, welche den letzten Strike bei Essen in Szene gesetzt haben, um die Kohlenpreise künstlich in die Höhe zu treiben, und daß die Arbeiter von ihnen perfide in eine Falle gelockt worden sind.

Es erinnert uns dies an ein Manöver der Zwifakaner Grubenbesitzer, die vor vier Jahren Cirkulare herumgeschickten, in denen sie ihre Kunden zu raschem Kauf bei sehr hohen Preisen aufforderten, da sie erfahren hätten, daß ein allgemeiner Strike in Aussicht stehe, der die Preise noch beträchtlich steigern würde. Kein Arbeiter dachte damals an einen Strike — es war nur eine „Idee“ der ehrlichen Herren Grubenbesitzer, die sich durch diesen Kniff die Taschen füllten.

Nach einem Leitartikel der „Morning Post“ scheint es, als ob die Grubenbesitzer von Südweste einen ähnlichen Staatsstreich beabsichtigt hätten, wie ihre Essener Kollegen. Auch dort sind kolossale Kohlenvorräthe aufgespeichert und die künstlich zu enormer Höhe aufgetriebenen Preise lassen sich ohne ein außerordentliches Mittel nicht mehr halten; ein Strike wäre da freilich den Herren Grubenbesitzern sehr willkommen gewesen, und es ist kein Zweifel, daß sie einen solchen provocieren wollten, als sie Anfangs Oktober den Arbeitern kündigten; indes ist die Sache nicht ganz nach Wunsch gegangen — die Arbeiter haben Laute gerochen und werden den edlen Bourgeois nicht — auf den Veim gehen.

Was ist aber der passende Namen für das Verfahren der Essener Grubenbesitzer und ihrer Kollegen? Wir wollen unsere Feder nicht besudeln. Die Arbeiter aber mögen es sich merken!

Vom Haager Kongress der Internationale.

IV. (Gegen die Bakunisten. Fortsetzung.)

Anschließend an die Widerlegung der ersten 4 Punkte lassen wir nun (außer der Reihe) 5) den Vorwurf folgen, welcher dahin geht, daß der Generalrath den Kongress deshalb nach Holland und nicht nach der Schweiz einberufen hätte, um den Mitgliedern des Londoner Generalraths den Besuch des Kongresses zu erleichtern. Dem ist zu entgegen:

a) daß in der Schweiz bereits zweimal der Kongress abgehalten worden ist, in Holland aber bis zu diesem Male noch gar nicht; ein zwingender Grund für die Abhaltung des Kongresses in der Schweiz also nicht weniger als vorhanden war;

b) daß die 11 belgischen und holländischen Delegirten ohne Ausnahme zur Minorität gehörten — ein Beweis, daß der Kongress nicht aus dem Grunde nach dem Haag verlegt worden war, um die Minorität zu überrumpeln. Andersfalls würde man doch weit besser gethan haben, den Kongress in einem Lande abzuhalten, das mit der Majorität sympathisirte. Loyal, als im Zentrum

der Minorität selbst den Kongress abzuhalten, konnte doch der Generalrath nicht verfahren.

Fahren wir nun in der Widerlegung des „Bulletin“ fort:

6) „Eine Anzahl von Delegirten hatten — aus Vorsicht — auch nicht einmal ihren wahren Namen angegeben (a). So fanden wir uns in Gegenwart von Bürgern, deren Mandate wir nicht prüften (b), deren Identität wir nicht feststellen konnten (c). ... Aber bei den Mandaten der spanischen und einiger anderen Minoritätsdelegirten — da hat der Generalrath Chikane herausgesucht (wir würden sagen: „deutsche“, wenn man uns nicht Schürung des Nationalhasses zum Vorwurf machen würde) (d).“

ad a) Es waren dies höchstens 5.

ad b) Siehe das unter 4) Gesagte.

ad c) Unwahr. Die Führung eines falschen Namens in den Verhandlungen hing von der Genehmigung der Mandatprüfungskommission ab, in der sich ja auch (siehe 4) ein Minoritätsmitglied befand. Dieses Mitglied, Gerhard, hat nun bei der Mandatsberatung im Kongress keinen Einspruch gegen das Verfahren der Kommission erhoben. — Außerdem erzählt der Verfasser des „Bulletin“-Artikels selbst (Seite 8, Spalte 1) daß ihm einer der pseudonymen Delegirten (Eucaïn) Namen und Adresse gegeben hätte.

ad d) Diese „Chikane“ bestanden unter Anderem darin, daß die spanischen Delegirten erst den rüchständigen Beitrag ihrer Mandanten (den sie in der Tasche hatten und augenscheinlich in der Vorausicht der Möglichkeit einer Sezession den Mandanten retten wollten) herauszahlen sollten, ehe sie zugelassen würden; siehe über diesen Punkt überhaupt den Artikel II. — Welche „Chikane“ die Minorität den Mandanten von Barry, Lafargue, Sorge, Deceure und Bailant bei der Berathung entgegensetzte, davon berichtet das „Bulletin“ natürlich nichts.

7) Das Generalratsmitglied Sexton habe mit der Minorität gestimmt.

Unwahr. Es ist nicht unmöglich, daß der Verfasser hiermit den Schein verbreiten wollte, England überhaupt sei mit der Minorität gegangen.

8) Auch die deutschen Mandate seien ungültig gewesen, weil in Deutschland die Existenz von Sektionen der Internationale verboten seien und nur Einzelmitglieder existieren dürften. Diese dürften — gerade so wie die Gewerkschaftsdelegirten — an den Berathungen, nicht aber an den Abstimmungen theilnehmen.

Hier klammert sich der Verfasser nämlich engherzig an das Wort „Sektion“; daß „Mitgliedschaft“ nichts Anderes bedeutet, übersteht er; auch scheint er nicht zu wissen, daß, außer in Leipzig, in keiner Stadt und in keinem Dorf ganz Deutschlands die Mitgliedschaft der Internationale verboten ist.

9) Eccarius, Mottershead und Noach hätten zur Minorität gehört.

Unwahr. Der Erstgenannte nie; die Erstgenannten höchst selten; nur gehörten diese mitunter zu den Abstinente.

10) „Die italienische Föderation war nicht vertreten.“ Warum aber hatte Herr Caserio nicht gewagt sein Mandat zu präsentieren? Weil nach dem Beschluß von Rimini, einen Gegenkongress nach Neuchâtel einzuberufen, sein Mandat kassirt worden wäre und weil dann den Jurassiens und Spaniern deren imperatives Mandat vordröhre, sich zurückzuziehen.

11) Eccarius sei vom Generalrath angeklagt worden der Theilnahme an der „Alliance“ und daß er sich an Gladstone verkauft. Keine Erfindung.

12) Die Absicht der Minorität, Bridmée zum Vorsitzenden zu wählen, sei durch ein Manöver Marx's vereitelt worden. Total erfunden.

13) Nachdem der Verfasser wiederholt den ganzen Kongress und speziell die Mandatprüfung eine „Komödie“ und „Mystifikation“ genannt, gibt er (Seite 2, Spalte 2) zu, daß die Mandatprüfung „3 Tage“ gedauert habe.

14) Die Spanier hätten verlangt, man solle nach „Föderationen“ stimmen, die Majorität hätte es aber abgelehnt. (Seite 3, Spalte 2.) Falsch, sie verlangten im Gegentheil, es solle nach der vertretenen Kopfabl abgestimmt werden. Hierüber wurde nie abgestimmt, und Morago beklagte sich noch Samstag Abend in seiner langen Rede darüber. Die Jurassiens konnten also nicht „in Folge dieser Abstimmung erklären, sich enthalten zu wollen.“ Sie haben auch nie „erklärt, bloß als einfache Zuschauer noch dableiben zu wollen“, sondern lustig mit fort debattirt.

15) Der Verfasser gibt selbst zu (Seite 2, Spalte 2), daß die Majorität in die „Alliance“-Untersuchungskommission — dem Wunsche der Minorität entsprechend — das Minoritätsmitglied Spingard gewählt hat.

16) Das „Alliance“-Untersuchungskommissionsmitglied Richard habe einen falschen Namen geführt.

Unwahr. „Richard“ ist kein Pseudonym, sondern der richtige Name des gedachten Mitglieds.

17) Nur die Blanquisten hätten für Belassung des Generalraths in London gestimmt; Marx und Genossen, die fortan in New-York eine stärkere Stütze als in London zu haben glaubten, hätten darum für Verlegung nach New-York gestimmt.

Unwahr insofern, als auch die meisten Deutschen für London stimmten und die Motive Marx's und Genossen — siehe Artikel II — ganz andere als die hier angegebenen waren.

18) Die Blanquisten hätten, weil auf diese Weise von Marx „zum Besten gehalt“, den Haag schnell verlassen.

Eine den Bourgeoisblättern nachgebete dumme Füge, die bereits in Artikel I und III abgefertigt ist.

19) Am vorletzten Abend, als über die politische Stellung der Internationale diskutirt wurde, war Guillaume der einzige

Minoritätsbelegte, der zum Worte kam. Es haben überhaupt an dem Abend nur 4 sprechen können. Den Umständen nun, daß man Guillaume — in Abtrotz, daß er der erste gegen die beantragte Resolution Eingekommene war — das Wort gestattete, obgleich einige Andere vor ihm eingeschrieben waren, diesen Umständen, diesen Lokalitätsbeweis benutzt der Verfasser (Guillaume), um eine weitere Verächtlichkeit gegen die Majorität zu schleudern: Man hätte Guillaume (dessen Anstößung damals schon beabsichtigt gewesen wäre) darum als Vertreter der Minorität gegen die Resolution (außerhalb der Reihe) sprechen lassen, um dem Publikum weiß zu machen, die Minoritätsideen hätten nur Einen Vertreter und zwar einen, der obendrein nicht mehr Mitglied sein dürfe.

20) Die Statuten der „Alliance“, die eben abgeschlossen wurde, seien 1869 vom Generalrath genehmigt worden.

Der Verfasser thut nämlich so, als ob er bloß die öffentliche Alliance kenne; die geheime unterschlägt er. Dieses Mißverständnis war von Anfang an beabsichtigt (und diese Leute sprechen von „Mystifikation“, nachdem sie eine öffentliche und eine geheime Gesellschaft neben einander mit gleichem Namen gestiftet). Die Korrespondenz des Generalraths an die Alliance (öffentliche) findet man in dem Zirkular vom März dieses Jahres „Seissions etc.“ pag. 7—9. Der Generalrath hat ihr Programm nie „genehmigt“, sondern nur konstatiert, daß es mit Ausnahme einer Phrase mit den Prinzipien der Internationale nicht in direktem Widerspruch stehe. Es sind aber zwei ganz verschiedene „Alliances“, als Guillaume der Brief des Sekretär Perron an den Generalrath vorgelegt wurde, worin er im Namen der „Alliance“ erklärte, die Bedingungen des Generalraths anzunehmen, erklärte Guillaume in Engels' und der Kommission Gegenwart: Mais c'est l'autre Alliance, l'Alliance publique. (Aber das ist die andere „Alliance“, die öffentliche „Alliance“!) Was Engels sofort zu Protokoll nehmen ließ.

21) Das „Bulletin“ findet es wunderbar, daß, nachdem auf Antrag der „Alliance“-Kommission Bakunin und Guillaume ausgeschlossen waren, auf den Ausschluß von Malon, Bousquet und Marchand verzichtet wurde trotz des Ausschließungsantrags der Kommission und obgleich Bousquet laut dem Antrag der Kommission sehr schwer belastet schien, vielleicht noch schwerer als Bakunin. — Indes die Sache ist sehr einfach. Was Bakunin und Guillaume der Internationale angethan, das wußten alle Kongreßmitglieder. Die übrigen Angeklagten aber sind minder bekannte Personen, über deren Handlungen der Kongreß sich erst des Näheren hätte informieren müssen, ehe er zu einer Entschließung hätte gelangen können. Zu dieser Information war es aber Mitternacht Sonnabend zum Sonntag schon zu spät — der Kongreß mußte Sonntag früh geschlossen sein. Was blieb also dem Kongreß anders übrig, als auf eine Beschlußfassung hinsichtlich der weiteren Ausschließungsanträge der Kommission zu verzichten? Uebrigens werden alle Aktenstücke, die der „Alliance“-Kommission vorgelegt haben, demnächst veröffentlicht und somit Jedermann das Mittel zur Prüfung, ob man den Bakunisten Unrecht gethan hat, an die Hand gegeben werden.

22) Der neue Generalrath habe nicht das Recht, sondern die Pflicht, sich 3 Mitglieder zuzuziehen. Falsch. — Es ist nur das Recht und nur die Beschränkung auf drei beschlossen worden. (Seite 7, Spalte 2).

23) Daß die 3 Franzosen der „Alliance“-Kommission einen Belgier (Splingard) nöthig gehabt hätten, ihnen französischen Stolz zu lehren (Seite 8, Spalte 1) ist Unsinn. Er konstatiert bloß, daß Splingard in die Redaktion des Majoritätsberichts der Kommission sich eingemischt hat, obgleich er (als Different) den Bericht nicht unterzeichnete. Ist der Bericht also unvollkommen, so weiß man, woran man sich zu halten hat.

24) Die Beweise der Geldpresserei Bakunins sind der Kommission im Original vorgelegt worden; um nicht Leute in Rußland zu kompromittiren, konnten sie nicht öffentlich vorgelegt werden. Hierauf bezog sich, was Cuno von einem „Vertrauensvotum“ für die Kommission sagte (Seite 9, Spalte 1 unten).

25) Was Guillaume in seiner Verteidigungsrede gesagt haben will von einer „Komödie“ (Seite 9, Spalte 2) u. s. w., ist nie gesagt und wäre nie gebildet worden. Ebenso falsch ist, daß Schwiguel eine herrliche Rede gehalten (er sprach sehr buffertig), nachdem über ihn abgestimmt und sich mit Guillaume solidarisch erklärt. Im Gegentheil, Guillaume erklärte vor den Abstimmungen über Beide, sie seien beide solidarisch, man solle über sie zusammen abstimmen. Nach seiner Ausstoßung ging Guillaume gleich weg, konnte also nicht nach dem Votum über Schwiguel erklären, er, Guillaume, sehe sich noch immer als Mitglied der Internationale an“ (Seite 10, Spalte 1). (Schluß folgt.)

Politische Uebersicht.

Wie in Preußen regiert wird. An die Notiz über die Verhaftung Emil Lindenberg's (s. Nr. 89) knüpft der „Stuttgarter Beobachter“ einen Rückblick auf die preussische Reaktionsgeschichte. „In den fünfziger Jahren hatte der Name Lindenberg seinen verhängnisvollen Klang. Wer, der die „Todtenschau“ Waldenrode's gelesen, kennt nicht das Triumvirat Plewe-Peters-Lindenberg, das in Königsberg, dem Versuchselde der Reaktion, in alten und neuen Tagen, allmächtig herrschte, öffentliche Meinung machte, und die schmuckvollen Organe der Reaktion in Szene setzte, durch welche jener Ort damals eine so traurige Berühmtheit wie ein Jahrzehnt später durch seine Presseverfolgungen erlangt hat? Der Kavalleriegeneral von Plewe, Fanatiker der rothen Reaktion, Pietist und byzantinischer Streber aus einem Gusse, der Polizeipräsident Peters, ein Mann von, gelinde gesagt, zweifelhafter Vergangenheit und bereit zu jeder polizeilichen Großthat, welche das „System“ erforderte, und Emil Lindenberg, Herausgeber eines Schandblattes (des „Königsberger Freimüthigen“) wie es die Welt vielleicht kaum wiedergesehen hat — das war das saubere Kleebblatt, dessen Wirken in den Annalen der „Todtenschau“ ihren Tacitus gefunden. Emil Lindenberg ein wegen Diebstahls (unter Anderem mit dem Verluste der Nationalkolarde) bestrafte Subjekt, war Jahrelang der Schrecken der Bürgerschaft, welche er durch Verpressungen brandschaltete. Behörden und Gerichtshöfe zitterten vor der Allmacht des Schandbuben. Strafen, zu denen er im Civilwege wegen der nichtswürdigsten Verläumdungen sich verurtheilt sah, wurden ihm durch königliche Gnade erlassen, ein königliches Handschreiben anerkannte seinen „Patriotismus“ durch Wiederverleihung der aberkannten bürgerlichen Ehrenrechte, die russische Kaiserin ehrte ihn durch ein Gnadengeschenk u. s. w. Das Kleebblatt zerfiel und mit ihm schwand der Terrorismus, den es Jahre lang in Königsberg verübt hat. General Plewe fiel in Ungnade und nahm bald darauf in einem Duell durch die Angel eines jungen Offiziers (Jachmann) ein tragisches Ende. Polizeipräsident Peters ward zum Chef der Regierung in Minden ernannt, wohin er als preussischer Adlatus Emil Lindenberg mit-

nahm, der dort sein Gewerbe fortsetzte. Als sie ihr Spionir- und Denunziationssystem zuletzt auch auf den Thronfolger, den damaligen Prinzen von Preußen (jetzigen deutschen Kaiser) ausdehnten, so war das Ende ihrer Laufbahn gekommen. Der Präsident gehörte zu den wenigen kompromittirten Werkzeugen der Mauteufel'schen Reaktion, deren Sturz die „neue Aera“ herbeiführte; er wurde verabschiedet. Emil Lindenberg ganz fallen zu lassen — wagt man vielleicht nicht. Er erhielt als Abfindung ein Staatsamt als Polizei-Distriktskommissar im Kreise Meseritz im Großherzogthum Posen: der Mann mit dieser Vergangenheit ward ein Wächter der öffentlichen Sicherheit!“

In Nr. 88 hatten wir aus der „Frankfurter Zeitung“ etwas über den in der Brüsseler „Cote libre“ veröffentlichten Jahresbericht über die Aktiengesellschaft „John Coderill“ zum Betriebe von Eisenwerken abgedruckt. Es war da gesagt, daß „darin gegenwärtig 8556 Arbeiter beschäftigt sind, welche in Summa an John 8 1/2 Millionen Franken für das Jahr empfangen haben. Der durchschnittliche Arbeitslohn beträgt daher etwa 985 Franken per Kopf. Der zur Verteilung kommende Gewinn beträgt 1 1/2 Millionen (10 pCt. auf ein Aktienkapital von 15 Millionen) für die Aktienhaber; dazu 157,000 Franken an Verwaltungsräthe und in den Referendats. Würde diese ganze Summe von 1,657,000 Franken ohne jeden Abzug für Kapitalzins auf die Arbeiter vertheilt, so würde deren Lohn um etwa 175 Franken oder 40 Thaler per Kopf jährlich mehr betragen; d. h. mit anderen Worten: würde das Eigentum dieser Werke ohne jeden Entgelt den darin beschäftigten Arbeitern übertragen, so würden dieselben um 40 Thaler jährlich besser gestellt sein! — Derartige Veröffentlichungen sind leider seltener, als sie im Interesse nützlicher Belehrung zu wünschlichen wären.“

Anschließend an unsre hieran geknüpften Bemerkungen und zum Theil dieselben weiter ausführend, schreibt ein Parteigenosse:

„Diese nützliche Belehrung“ durch eine Bourgeoisgesellschaft soll also beweisen, daß die Einführung der genossenschaftlichen Produktion dem Arbeiter wenig nütze. Allein wir kommen zu einem andern Resultat: der Lohn der 985 Franken = 262 2/3 Thaler beträgt, würde nicht um 40 Thaler, sondern 42 2/3 Thaler steigen, also um ca. 16 2/3 Prozent; der Gewinn für stärkere Familien würde doppelt und dreifach so groß sein, da bekanntlich auch meist die Söhne der Arbeiter dieselbe Beschäftigung wie der Vater haben. Der Gehalt für die faulenzenden Verwaltungsräthe fielen bei der Selbstbewirtschaftung durch die Arbeiter weg, der sehr hohe Gehalt des Direktors und der höheren Beamten nebst ihren Tantiemen würde ganz bedeutend gekürzt. Die Schwindelereien, die in jeder solchen Aktiengesellschaft auf Kosten der Aktionäre vorkommen, hörten auf, das käme alles den Arbeitern zu Gute. Endlich (und das ist die Hauptsache): wie ganz anders würden die Arbeiter arbeiten, wenn es sich um ihr persönliches Interesse handelte! Sie würden sicher kürzere Zeit arbeiten, aber mehr leisten, Arbeitswerkzeuge u. s. w. ganz anders schauen als jetzt. Das Rechenexempel dürfte nach Abschluß des ersten Jahres ein etwas anderes sein, als die Herren Bourgeois vermuthen. Nun handelt sich's aber für die Sozialdemokratie nicht um die Gründung einzelner Genossenschaften, sondern um die genossenschaftliche Produktion im größten Maßstab. Es würde also nicht nur alles, was unter den verschiedensten Formen als Kapitalgewinn, Kapitalzins, Bodenrente von der Bourgeoisie in die Tasche gesteckt wird, der Arbeiterklasse zu Gute kommen, sondern auch der Bourgeoisie selbst, nebst dem ganzen Heer von Zwischenhändlern und Schmarozern, die ihr System erzeugt hat und von dem arbeitenden Volke müssen erhalten werden, würden verschwinden und würden selbstthätige Produzenten.“

Wir wünschen, gleich dem Correspondenten der „Frankfurter Zeitung“, die Bourgeoisie möchte recht oft solche „nützliche“, aber auch wahrheitsgetreue „Belehrungen“ dem Volke zugänglich machen; das hätte den Vortheil, daß das Volk erfähre, wie riesig groß der Diebstahl ist, der jährlich an ihm begangen wird.

Der Correspondent der „Frankfurter Zeitung“ kann übrigens aus seinen Berechnungen noch eine andere sehr „nützliche“ Lehre und zwar für sich ziehen: Ist der Profit der Kapitalisten an der Arbeitskraft so unbedeutend, wie er ihn darstellt, dann haben die Kapitalisten kein Interesse, die sozialistischen Bestrebungen zu bekämpfen. Wer wird sich mit Kleinigkeiten abgeben!“

Kuriosum. Die Berliner „Volkzeitung“ beginnt eine Reihe von Artikeln mit der Ueberschrift: „Die Auflösung des Herrenhauses ist verfassungsmäßig möglich“. Eine sehr überflüssige Kraftanstrengung. Wir dächten in Preußen wäre Alles „verfassungsmäßig möglich“.

Warnung. Von einem aus Brasilien zurückgekehrten Parteigenossen, der früher in Waldenburg in Sachsen wohnte, werden uns die brasilianischen Zustände nichts weniger als in rosigem Lichte geschildert, und der Gedachte ersucht uns, vor der Auswanderung nach Brasilien öffentlich und ernstlich zu warnen. Die Firma Holzweiß und Co. in Porto Allegro (Rio Grande do Sul) habe mit der brasilianischen Regierung einen Kontrakt zur Lieferung von 40,000 deutschen Kolonisten abgeschlossen und erhalte pro Kopf 10 Mkreis (1 Mkreis 24—25 Sgr.). Zur weiteren Kennzeichnung der „Annehmlichkeiten“, die den Auswanderer in Brasilien erwarten, werden wir gelegentlich aus der in Petropolis erscheinenden „Germania“ einige Mittheilungen machen.

Gewerkschaftliches.

Allgemeiner Deutscher Schneiderverein.

Chemnitz, 6. Nov. Hiermit allen Mitgliedschaften zur schuldigen Nachricht, daß wir am ersten November 1871 von A. Rejmann Berlin, alle Vereins-Utensilien sowie die Geschäftsbücher erhalten, von einer zu Chemnitz ernannten Kommission geprüft und für richtig befunden, übernommen haben.

Alle Gelder sind daher an den Hauptkassirer Friedrich Fischer Augustusstraße Nr. 54b zu senden, hingegen alle Briefe mit ganz genauer Adresse an den Geschäftsführer Georg Schöffel Sonnenstraße No. 747b. 1. Etage.

Der Ausschuß.

Vorsitzender E. Willkomm, dessen Stellvertreter Sylona, Geschäftsführer G. Schöffel, Hauptkassirer F. Fischer und Beisitzer J. Deyherl.

München, 4. Nov. Im April d. J. wurde hier ein Fachverein der Schneider gegründet, welcher durch eifriges Arbeiten die erfreulichsten Fortschritte macht. Das neuere Vorgehen der Meister (Berliner Meister-Kongreß) trag wesentlich dazu bei, die Kollegen an ihre Pflicht zu erinnern, die seit dem halbge gelungenen Streik von 1870 sich schmolend zurückgezogen. Als eines der ersten Resultate der Vereinigung ist die Gründung eines unentgeltlichen

Arbeitsnachweisbureau zu bezeichnen, das sich denn auch eines lothhaften Zuspruchs erfreut. Wir ersuchen daher alle Kollegen, welche München reisen, sich in den Fränkischen Hof Sendlingerstraße Nr. 73 zu begeben, wo sich unser Arbeits-Nachweisbureau befindet, auch ersuchen wir unsere Kollegen, falls sie uns in unserem Böhmen unterstützen wollen, um Adressen von Fachvereinen und Gewerkschaften unseres Gewerbes, um diesen Plakate zuschicken können; besonders gut wäre es, wenn wir mit den umliegenden Städten in Correspondenz treten könnten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Mit kollegialischem Gruß:

Max Neubauer, Schriftführer.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Da immer noch einige Mitgliedschaften mit der Einsendung der Abrechnung pro 3. Quartal im Rückstand sind, so werden dieselben unter Hinweis auf § 5 der Geschäftsordnung, nach welchem die bis zum 15. Oktober ihren Kassenspflichten nachgekommen sind, gemahnt werden sollen, hierdurch daran erinnert. Es ist um so mehr nothwendig, daß die säumigen sofort ihre Kassensangelegenheit in Ordnung bringen, als durch verspätete Einsenden der Quartalsabrechnung für das verfließende Quartal die Abrechnung der Hauptkassie nicht rechtzeitig geendet werden konnte, also diesmal mit nachgetragen werden muß.

Altona, den 9. November 1872.

Der Ausschuß der Gewerkschaft der Holzarbeiter Herrmann Somann, Kassirer, Adolphstraße 3.

Correspondenzen.

Berlin. Der Redakteur der „Demokratischen Zeitung“, Lübeck, ist in zweiter Instanz (die Staatsanwaltschaft hatte gegen das erste sprechende Erkenntnis der ersten Instanz Berufung eingelegt) 2 Monaten Gefängniß verurtheilt worden, weil in einem Leitartikel „Zur friedlichen Lösung der sozialen Frage“ in Nr. 109 vom 12. Mai cr., folgende angeblich entstellende Thatsachen zu finden seien, „daß der Staat absichtlich die Wohlfahrt des Volkes schmälere, nützliche und nothwendige Angaben für die Volkswohlfahrt eingestellt, daß er nicht darnach strebe, den arbeitenden Klassen ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen, daß er die Beziehungen zwischen Besitzenden und Besitzlosen durch die Kreisordnung weiter, den Klassenhaß anshüre und die Besitzenden zum Kampf gegen die Besitzlosen organisiere, um die letzteren vollends in ein Slavenjoch zu schmiegen.“ Die (wegen ihrer Strenge bekannt) siebenbe Kriminal-Deputation des Stadtgerichts hatte sich nicht der Ansicht der Anklage bequemen können, in dem inkriminirten Artikel keine Thatsachen, sondern nur Urtheile zu finden vermocht, auch hatte sie unter der Bezeichnung „Staat“ nicht unter allen Umständen den preussischen verstanden. Die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Appellation begründete der Vertreter Oberstaats-Anwalts, Spinola, wie folgt: Die Sätze: „Wohlfahrt“ einen Blick auf Preußen. Der „Staat“ hatte hier eine gewisse Mission, Deutschland zu einigen; daß er bei diesem Bestreben das naheliegende, die irdische Mission, für das Wohl der ganzen Gesellschaft zu sorgen, übersehen mußte, ist nicht zu wundern; zielt die Kreisordnung nicht auf den Klassenhaß ab? Die Besitzenden werden zum Kampfe, zum Widerstand gegen die Besitzlosen organisiert! Das ist der Weg der Blut- und Eisenpolitik der unserer Regierung nur übrig bleibt u. s. w.“ Diese Sätze weihen auf Braunshwin.

Braunshwin, 28. Oktober 1872. Bezüglich der Haft des „Volkfreund“-Redakteur Blos ist folgendes verfügt worden:

1. Ein eignes Bett darf er nicht benutzen.
2. An die Luft (d. h. in den Hofraum) darf er wöchentlich zweimal und zwar je Mittwochs und Sonnabends eine Stunde gehen.
3. Wer ihn besuchen will, muß bei Herrn Polizeidirektor Meyer oder Polizeiaffessor Otto die Erlaubniß dazu einholen.

Wir würden hierzu, schreibt der „Braunschweiger Volkfreund“, vielleicht Bemerkungen machen und namentlich auf das Ungenügende der bewilligten Spaziergänge hinweisen, wenn nicht derselbe Meyer die Oberaufsicht über das Gefängniß hätte, wegen der Beleidigung unser Parteigenosse Blos drei Monate Haft zubringen erhalten hat.

Chemnitz, 30. Oktober. Gegen die „Freie Presse“ ist eine Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden, weil sie aus der „Demokratischen Zeitung“ einen vor 24 Jahren von Julius Fröbel geschriebenen Artikel, betitelt: „Republik oder Monarchie“, zur Kennzeichnung des großmüthigen Apostaten, abgedruckt hatte und der verantwortliche Redakteur Dieze zu 5 Monaten Festung verurtheilt worden.

Großschöcher bei Leipzig. Am Donnerstag, den 30. Oktober am Tage des Reformationsfestes, hielten wir hier eine Volkversammlung ab, zu der mehrere Gaste aus Leipzig trotz des schlechten Wetters erschienen waren. Um acht Uhr Abends wurde die Versammlung eröffnet und gelangte der erste Vortrag in die Hände des Herrn Ernst, und der zweite in die des Herrn Müller. — Hierauf an Leipzig referirte über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Die soziale Frage und die Arbeiterbewegung.“ Die soziale Frage, meinte der Referent, sei auf die Anfänge der gesellschaftlichen Lebens der Menschen zurückzuführen. Die Sklaverei im grauen Alterthum, die Leibeigenschaft des Mittelalters und die Lohnarbeit der Jetztzeit seien die verschiedenen Phasen, die das Menschengeschlecht in seinem Entwicklungsgange durchgemacht hat und so wahr die Sklaverei der Leibeigenschaft, die Leibeigenschaft der Lohnarbeit, so wahr werde einst die Lohnarbeit der Erwerbsarbeit weichen müssen. Die Ermahnung des Redners, sich zu einigen und fleißig die Arbeiterblätter zu lesen, wird sicherlich ohne Erfolg bleiben, da lebhafter Beifall seinen Worten gespendet wurde. — Herr Stelzer (Leipzig) sprach über den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die verschiedenen Fraktionen des Reichstages und fand bei der Behandlung dieses Themas die trefflichste Gelegenheit, den deutschen Parlamentarismus gegenüber dem andern Nationen zu kennzeichnen. Seit 1848 nichts als eine ununterbrochene Retirade, ein beständiges Verlangen des Volkswohles und freies Preisgeben des Volkswohles, das sind die hervorstechendsten Merkmale der Geschichte des deutschen Parlamentarismus. — Weiteren kam der Redner auch — wie natürlich — auf die 13. sächsischen ländlichen Wahlkreise, dem Redner selber angehört und auf dessen Vertreter, den Reichstagsabgeordneten Prof. Birnbaum zu sprechen. Habe man von Dr. Birnbaum's Thätigkeit im Reichstage bisher nichts vernommen, so scheint derselbe um so thätiger in seinem Wahlkreise zu sein. So habe derselbe kürzlich in Leipzig eine Versammlung abgehalten, zu der die öffentlichen Einladungen dagegen erfolgte so spät, daß der größte Theil der Wähler erst nach der Versammlung Kenntniß von ihrer Berufung erhalten konnte. Ihm — Stelzer — sei es verfallen

worden, in der betreffenden Versammlung seine Ansicht zur Geltung zu bringen. Es sei ihm entgegengehalten worden, daß die Versammlung nur diejenigen eingeladen seien, die Herrn Birnbaum gewählt hätten. Der wirksamste Schritt diesem Gebahren gegenüber sei ein Appell an die Wähler selber, von denen viele dem Herrn Prof. Birnbaum bona fide ihre Stimme gegeben hätten. — Auch Stelzer wurde lebhaft applaudiert und namentlich seine Aufforderung, bei der künftigen Reichstagswahl den Veteran der Demokratie, Dr. Joh. Jacoby zu wählen, mit allseitiger Zustimmung beantwortet.

Aus der an das Referat des Herrn Stelzer sich anschließenden Debatte ist besonders erwähnenswert die dringende Mahnung des Herrn Jahn an die Arbeiter und Kleinbauern von Großschöcher, sich zu vereinigen. Der Feudalismus räume auf dem Lande mit den Kleinbauern auf, wie die Bourgeoisie mit dem Kleinmeister in der Stadt. Wenn auch der ökonomische Zerlegungsprozess nicht aufzuhalten sei, das Uebermaß privatrechtlicher Befugnisse in Staat und Gemeinde könne aber reduziert werden auf das allgemeine Menschenrecht. Vereinigung aber, das müsse die Peinigung aller unterdrückten Klassen sein. — Hinz gab noch einige Aeußerungen zum Besten, die Prof. Birnbaum in der oben erwähnten Wählerversammlung gehalten hatte. Nach den Aufzeichnungen Hinz's hat Prof. Birnbaum u. A. gesagt: 1) Er und seine Partei wären nicht diejenigen, die Bismarck à tout prix folgten, er folge nur seiner Ueberzeugung. 2) In zwei Jahren ist in dem deutschen Reich erstaunlich viel Schutt aufgeräumt worden. Es bliebe zwar noch viel zu thun übrig, was aber geschehen sei, das bliebe nur Bismarck zu verdanken, der, wie Keiner, es verstanden, Deutschland groß und mächtig zu machen. 3) Er sei für Diäten nur in gewisser Beziehung, weil er befürchtet, daß ohne Diäten die Zahl der Reichsvertreter von Jahr zu Jahr kleiner wird. Gleichwohl hätte Prof. Birnbaum auch gesagt: Durch die Diätenlosigkeit hingegen sei es allein möglich geworden, daß der Reichstag, wie er zusammengesetzt ist, die Repräsentanz aller Gebiegenheit und alles Wissens sei. 4) Prof. Birnbaum sei für Einführung der Arbeitsbücher und für Koalition der Arbeitgeber, weil nur hierdurch es möglich sei, den von gewisser Seite provozirten Strides zu begegnen. Er sei für Führung des Kampfes auf Leben und Tod.

Nun, es wird sich ja zeigen, ob die Arbeiterwähler bei der nächsten Reichstagswahl einen Mann wählen werden, der gegen sie einen Kampf auf Leben und Tod empfiehlt. Immerhin möge Prof. Birnbaum die Arbeiter von seinen Wählerversammlungen abschließen, verhindern kann er es aber nicht, daß die Arbeiter seine Wähler über ihn aufklären. Und die Versammlung in Großschöcher lieferte einen schlagenden Beweis, daß die Arbeiter des 13. Ländlichen Wahlkreises künftig keinen Arbeiterfeind in den Reichstag schicken werden.

Dresden. In Hubertusburg wirds immer hübscher. Wie wir aus dem Privatbriefe eines unserer Hubertusbürger Gefangenen erfahren, ist dort am Sonntagabend der fünfte politische „Verbrecher“ eingebracht worden, in der Person des Buchdruckers Gärtner aus Dresden. Dieser wurde wegen Druck der „10 Gebote im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte“ zu 3 Monaten Verurtheilung. Gärtner gehört eben so wenig wie der alte Knieling zu unserer Partei, aber es gilt hier bekanntlich das Sprichwort: „Mit gefangen, mit gefangen“.

Unter der Hubertusbürger „Verbrecherkolonie“ sind alle Lebensalter vertreten. Knieling als Aeltester zählt 65, Beck aus Chemnitz als jüngster Sünder 22 Jahre. Kein deutsches Gefängniß hat unseres Wissens in den letzten 12 Jahren eine gleich große Zahl politischer Gefangener aufzuweisen gehabt; das charakterisirt die Zustände in Sachsen. Politische Gefangene außer denen in Hubertusburg giebt es noch in Sachsen: Most und Loser in Chemnitz.

Erfurt. 3. November. Im Anfang September hatte sich unter den hiesigen Schuhmachern, respektive Fabrikarbeitern ein Comité zur Regelung der Existenz- oder Lohnfrage gebildet. — Daß allerdings selbst immervährende Lohnerböhung die sozialen Verhältnisse gründlich nicht bessert, ist sehr begreiflich; aber dennoch fand sich hier jetzt kein anderes Mittel, unsere Löhne zu bessern, als unsere Herrn Fabrikanten respektive Arbeitgeber durch eine schriftliche, von fünf Gewählten überbrachte, „human verfaßte Petition verhältnißmäßiger zu ersuchen, 25% zu den normirten Arbeitslöhnen zuzulegen. — In der Petition wurde nicht im Mindesten von Niederlegung der Arbeit gesprochen. Dieser Schritt war das Resultat einer am 1. September abgehaltenen ersten Versammlung. Acht Tage später, den 19. September, wurde in einer zweiten Versammlung Bericht erstattet, die Antworten der Angegangenen befriedigten theils, theils empörten die insamen Ausdrücke die Anwesenden dermaßen, daß sich zur Gründung einer Genossenschaft sofort 160 Unterschriften fanden. Diesem Resultat zufolge ließen wir 100 Bücher (alte noch 19) von Dresden kommen, indem in dritter Versammlung das Einzeichnen vor sich ging. — Vielen nun, denen die Lohnfrage nicht augenblicklich zur Genüge anstieß, oder die in gewohnter Angst um Weiterbeschäftigung und Verlassen haben wir es zu danken, daß am ersten Oktober nur 35 neue Bücher nahmen, und von den 70 alten Genossenschaftsmitgliedern 7 dem neuen Verein beitraten. Die Lohnfrage war durch die Verhältnisse so ziemlich in den Hintergrund gedrängt, als plötzlich eine großgedruckte Bekanntmachung: „An unsere Arbeiter“, seitens 8 vereinigter Fabrikanten die Arbeiter aus dem Schlafe rüttelte. Vor dem gesammten Publikum wurden wir für insam erklärt, indem die von den Meistern gestellten Bedingungen human gewesen und von den guten Arbeitern akzeptirt worden seien. Es sei mir vergönnt, einen Beweis von der Humanität der Fabrikanten zu geben: 1) Der Nachmittags ist uns als Piefertag genommen. 2) Eine Normierung und theilweise Erhöhung der Löhne hietten uns keinen Vortheil, indem dadurch dem Einen 8 Pf. mehr, dem Andern 9 Pf. — 2 Agr. weniger ausgezahlt würden. 3) Kein Arbeiter, der die Arbeit bei den vereinigten Fabrikanten niederlegt, wird jemals wieder in Arbeit genommen. — Noch besser sind die veröffentlichen Bedingungen, welche in der Vereinigung der Fabrikanten bestehen: 1) wer Nachmittags Arbeit abnimmt: 100 Thlr. Strafe, 2) wer einen Groschen Lohn mehr gibt, desgleichen, 3) wer einem Arbeiter Vorschub verabreicht, desgleichen, 4) wer einen Arbeiter aufnimmt ohne Sittenzeugniß (vom vorigen Arbeitgeber), desgleichen, 5) sogar wer mehr Gewicht Leder verabreicht, desgleichen.

Bei Veröffentlichung wurde ausdrücklich bemerkt, daß gesagte Bedingungen am Montag den 21. Oktober in Kraft treten. — Welche Schande für Erfurt.

Diese an uns begangene Niederträchtigkeit hat allgemein entzündet und ist zum förmlichen Stadtgespräch geworden. Nach diesen zweimal gesagten veröffentlichen Bedingungen seitens dieser Herren, hielten wir gestern unsere fünfte Versammlung ab. Viele kamen und ließen sich einschreiben, sie wußten, daß eine Vereinigung unsrerseits unumgänglich Noth thut. Heiße Debatten entspannen sich

über das erwähnte Vorgehen der Fabrikanten. Zwei, weil die Unterstüßungsfrage nur allein sie Alle retourdrängt, faßten den Muth, die Arbeitseinstellung als einziges Mittel unserer Rettung vorzuschlagen, was, trotz aller Nothwendigkeit, vom Vorsitzenden Borchardt widerlegt (ob mit Recht? —) und auch schließlich verlag wurde, bis eine größere Versammlung sich für den Strike entscheidet. Das sieht aber fest, unser bescheidenes Auftreten hat uns sehr, sehr geschadet; aber wir konnten nicht anders, wir waren ja nicht gewiß, ob wir die Masse der Kollegen hinter uns hatten.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Nachschrift. Am 1. Oktober fand die Konstituierung der neuen Gewerkschaft der Schuhmacher statt, welche bis dato 60 Mitglieder zählt. Gewählt wurden: 1. Vorsitzender: F. Borchardt, Kassirer: Herm. Mäder, Schriftführer: M. Keincke, Kreuzgasse 7, an dem auch alle Briefe zu richten sind.

Stadthagen. 1. November. Hier ist eine Arbeitseinstellung der Vergleuten ausgebrochen. Die Arbeit ist von sämtlichen 1600 Vergleuten seit Montag, den 28. vorigen Monats, eingestellt und eine Einigung über Tageslohnung noch nicht zu Stande gekommen. Vorräthe sind gar nicht vorhanden und für hiesige Fabriken und Ziegeleien große Nachteile unabweislich. (Hannov. Kurier.)

Eßlingen. 28. Oktober. Der „Schwäbische Merkur“ schreibt: „Unsere Sozialdemokraten sind rührig und unverdrossen, das muß man ihnen lassen. Außer ihren regelmäßigen, wöchentlichen Parteiversammlungen veranstalten sie in größeren Zwischenräumen allgemeine Volksversammlungen, um unter der Masse der Arbeiter und in weiteren Kreisen Propaganda für ihre Ideen zu machen, so am vorigen Donnerstag, den 24. dieses Monats im großen Saal zum Württemberger Hof, veranlaßt durch die Anwesenheit eines Parteiführers aus Sachsen. „Wahrheit über das, was die internationale Arbeiterassoziation ist und sein will“, war den Eingeladenen in Aussicht gestellt und wurde auch in ansüßiger Weise, in einem mehr als dreistündigen Redefluß gegeben. In der einleitenden Rede wies der Vorsitzende, der gewandte Hauptredner des hiesigen sozialdemokratischen Arbeitervereins, mit großer Genauigkeit auf das für die soziale Frage bedeutendste Ereigniß der jüngsten Vergangenheit hin, auf den Kongreß der Kathedersozialisten in Eisenach. Wenn auch die Versammlung äußerlich resultatlos verliefen und für die Sozialdemokratie praktische Folgen von dieser Seite zunächst nicht zu erwarten seien, so sei sie doch für ihre Zwecke ein moralischer Erfolg von höchster Bedeutung. Es habe sich klar gezeigt, daß die Bestrebungen des Sozialismus, die man so lange und noch jetzt in vielen Kreisen als Hirnspinnste verrannter Weltverbesserer belächelt oder als verbrecherische Attentate gegen die Menschheit und den Kulturfortschritt, als Ausgebirten unzufriedener und unruhiger Köpfe gebirmt habe, in der That nichts seien, als die Forderungen der gesunden Wissenschaft selbst; hinter dem Sozialismus stehe die Wissenschaft; schon haben die Vertreter an den deutschen Hochschulen auch in ihren positiven Reformvorschlügen sich dem Programm des Sozialismus soweit genähert, daß man sie als „halbe Sozialisten“ bezeichnen könne; wollen sie konsequent sein, so müssen sie ganze werden. — Hierauf trat der Hauptredner Wotteler aus Sachsen, ein geborener Eßlinger, auf und entwickelte in einer mehr als zweistündigen, nur von einer kurzen Rede unterbrochenen Rede die Ziele und Bestrebungen der internationalen Arbeiterassoziation, vornämlich in apologetischer Richtung, um gegen die „Verdächtigungen und Verläumdungen, welche überall angestreut werden“, zu protestiren und den wahren Sachverhalt klar zu legen. „Man wirft uns vor, wir seien Revolutionäre, Umsturz männer; wir wollen eines schönen Tages die ganze gegenwärtige Gesellschaftsordnung über den Haufen werfen. Nun wol. Aber wer trägt die Schuld daran, daß es so weit gekommen ist, daß jetzt nur noch ein Kampf entscheiden kann? Haben wir diese Zustände geschaffen, die das Massenelend mit sich bringen? Sind es nicht die herrschenden, besitzenden, bevorzugten Klassen, die Träger der gegenwärtigen Ordnung und ihre Vorgänger? Schöne Ordnung, wenn von 100 Menschen 80 arbeiten und hungern müssen, damit die übrigen 20 wenig oder nichts zu thun brauchen und im Ueberfluß schwelgen! Wenn wir diese Ordnung bekämpfen, sind wir die Angreifer? Befinden wir uns nicht im Stand der Nothwehr? Wir, die Männer der Arbeit, sind von jeher die Unterdrückten, die Ausgebeuteten gewesen, jetzt sind wir aber zum Selbstbewußtsein gekommen, zum Bewußtsein unserer Lage, zum Bewußtsein unseres Rechts und unserer Kraft, und wir wollen an und nehmen, was uns so lange vorenthalten worden ist. Wir wollen ein besseres Recht an die Stelle des faulen Rechtes setzen, das jetzt zum schreiendsten Unrecht geworden ist, das mit uns geboren ist, das Naturrecht, das auf die einfachen und klaren Grundföhen gebaut ist: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Wir wollen jedem Menschen zur Erreichung seiner natürlichen Bestimmung verhelfen. Die menschliche Bestimmung aber ist in den 2 Worten zusammengefaßt: Leben und Genießen, und zwar auf 2 Ebenen. Eine Priesterschaft, die im Brod und Dienst unserer Unterdrückten steht, vertröstet uns für die unvermeidlichen Mängel des Diesseits, für den Hunger, auf ein besseres Jenseits — als ob Himmel und Hölle, Gott und Jenseits etwas Anderes wären, als Ueberlieferungen, die von der Wissenschaft längst abgethan sind. Ich bin Materialist, ich glaube nur an die Existenz dessen, was wirklich ist; ich bin Atheist, als ächter Sozialist, denn der Atheismus ist die Rehrseite des Sozialismus. Ich kenne keine Gottesordnungen, sondern nur Naturgesetze; das Naturgesetz aber für den Menschen heißt: Arbeiten und Genießen. Allerdings handelt es sich da um eine neue Theilung der Erde, wir wollen Brod für Alle, aber auch Arbeit für Alle, gleiches Recht für Alle, gleiche Pflichten für Alle; wer nicht arbeiten will, soll auch kein Brod haben. — Man Witt und Vaterlandlose. Wol, aber kennt das Kapital ein Vaterland? Nehmen unsere Gegner und Unterdrückten ihren Vortheil nicht überall wahr, gleichviel bei wem? Und kann man dem Arbeiter zumuthen, ein Vaterland zu lieben, und sich dafür begeistern, von dessen Grund und Boden er keine Scholle sein eigen nennt? Wir verbinden uns mit den Arbeitern aller Länder; allerdings, weil überall die gleiche Noth, der gleiche Druck herrscht, weil unsere Interessen solidarisch sind und nur gemeinsame Anstrengung das Joch abschütteln kann. Wir machen nur von dem Recht der Koalitionsfreiheit Gebrauch, und steht nicht überall das Kapital, haben nicht die besitzenden Klassen aller Länder von jeher gegen uns in stillschweigendem und offenem Bunde, und haben sich verschworen, unsere Knechtschaft zu verewigen. Man beschuldigt uns, wir hätten es auf den Ruin der Moral abgesehen. Lüge! Da ist unser Programm. Im Eingang heißt es: Die vereinbarte Arbeiterassoziation erklärt, daß alle Gesellschaften und Individuen, welche sich ihr anschließen, Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit anerkennen, als die Regel des Verhaltens zu einander und zu allen Menschen ohne Rücksicht auf Farbe, Glauben oder Nationalität. Wo ist nun die Moral? auf Seiten unserer Verläumder? Man macht uns verantwortlich für

die Thaten der Kommune in Paris. Petroleum sei das neue Licht, das die Internationale der Welt ausstrahlen wolle; die rauchenden Trümmer und Palastie der Seinehauptstadt sollen wider uns zeugen. Glende Verläumdung! Die Wahrheit liegt längst am Tage: nur 17 Mitglieder der Kommune gegen 80 waren Mitglieder der Internationale, und diese gerade wollten nichts davon wissen; sie haben lediglich nichts mit dem zu schaffen, was die aufgeregte Masse einer Weltstadt in der Verzweiflung angerichtet hat. Unwissenden kann man wol durch solche Mittel der Wahrheitsverfälschung Sand in die Augen streuen, aber es ist vergeblich, auf diesem Wege den Siegeslauf der sozialen Idee aufhalten zu wollen; sie bricht sich Bahn, die Herrschenden mögen wollen oder nicht, der Kampf ist entbrannt; er mag lange dauern, aber wir werden zu siegen wissen, die Zukunft ist uns sicher.“ — Wir haben diese Rede nur zum kleinsten Theile und nur dem Sinn nach wiedergegeben, sie wurde mit glänzender Redefertigkeit und zündendem Feuer vorgetragen, und vertheilte auch ihres Eindrucks auf die zum weitans größten Theile aus Arbeitern bestehende, aber nicht sehr zahlreiche Versammlung nicht. Freilich schien der Beifall, so laut er erscholl, doch nicht die ungetheilte Ansicht der Anwesenden zu sein, und schon aus der Anzahl Derer, welche der Einladung folgten, war zu schließen, daß das neue Evangelium hier noch keinen recht günstigen Boden gefunden hat, denn was wollen 160 Arbeiter dagegen gegen eine Gesamtmasse von 3000! Uebrigens hat einer der Führer selbst bei einer ähnlichen Gelegenheit vor wenigen Wochen zugestanden, daß es bei uns in Süddeutschland mit der Sozialdemokratischen Agitation nicht recht vorwärts gehen wolle. Es ist klar, unsere Arbeiterwelt hat in ihrer weit überwiegenden Mehrheit noch zu viel gesunden Sinn, um sich von der Sozialdemokratie, wenn sie mit ihr auch in dem allgemeinen Verlangen nach Besserung ihrer Lage eins ist, blindlings ins Schlepptau nehmen und durch Dill und Dünn führen zu lassen. Dazu trägt sicherlich sehr viel bei — und man kann dafür der sozialistischen Offenherzigkeit nur dankbar sein — daß über einen Hauptpunkt ihrer Bestrebungen ein Wein eingeschenkt wird, der an Klarheit nichts zu wünschen übrig läßt, ich meine die Religion. Immer wieder kam der Redner auf diesen Punkt zurück, und gab damit deutlich das Gewicht kund, das er diesem Faktor beilegt. Der Sozialismus ist so klar und konsequent, sich nicht damit zu begnügen, daß die Religion als Privatsache einem Jeden anheimgegeben werde; er will sie nicht ignoriren, sondern bekämpfen und vertilgen. Allerdings das richtige Mittel für seinen Zweck. Reißt dem Menschen erst seinen Gott aus dem Herzen, dann ist er zu Allem fähig; ist die Religion, die Grundlage unseres Volkthums umgestürzt, dann ist der Boden fertig, um den Prachtbau des sozialistischen Idealstaates aufzuführen.“

Eßlingen. 4. Nov. Gestern waren wir wieder in Kirchheim u. T. um eine Volksversammlung abzuhalten und haben wir auch da die Erfahrung machen müssen, daß unsere Gegner eben überall dieselben sind. Am Viertisch sind sie in unserer Bekämpfung unerschöpflich aber in unsern Versammlungen sind sie wie Moses, „nicht bereit mit der Zunge.“ Und da höchst selten ein Aaron bei ihnen zu finden ist, so spielen sie die Stummten, um hintennach mit den kleinlichen Mitteln uns zu schädigen und zu verächtigen. Die Wirthe sollen uns ihre Lokale verschließen und die Presse ihre Spalten zu einfacher Annoncierung. Bei der Charakterfestigkeit des Wirthes gelang das nicht, wol aber bei der „Unparteilichkeit“ der „Kirchheimer Zeitung“ und des „Textboten“, beide haben die Annoncen nicht aufgenommen. Allein trotz dieser Manöver konnte die Versammlung doch abgehalten werden, so zahlreich besucht wie die erste war sie selbstverständlich nicht, doch traten wieder 15 Mann der Partei bei.

An derartige Kampfweise ist die Sozialdemokratie zu sehr gewöhnt, um davor zurückzusprechen, unsere Gegner mögen getrost so fortfahren, uns kümmert das nicht im geringsten. Daß aber unsere nächste Versammlung zu allseitigster Kenntniß gelangt, dafür werden wir auch ohne Lokalpresse zu sorgen wissen.

Schwäbisch-Gmünd. Sonntag, den 3. Novbr., wurde unsere Stadt nicht wenig in Alarm veretzt; es war nämlich eine Volksversammlung anderraunt, mit der Tagesordnung: „die Arbeiterbewegung und die Ziele der Sozialdemokratie“. Referent: Th. Borchardt aus Stuttgart. Eine kurze Einladung und das Ankleben einiger Plakate genügte, und der Saal „zum Ritter“ war bis zum Erdrücken voll. Auch 3 kalener Parteigenossen hatten uns mit einem Besuche beehrt. Nach erfolgter Eröffnung wurde Dr. F. Wilhelm L., H. Duke aus Aalen II. Vorsitzender; Unterzeichner L. und H. Franz Mühle II. Schriftführer. Dr. Borchardt begann mit der Entwicklung der sozialen Frage und entwickelte dabei wirklich eine solche tiefgreifende, auf wissenschaftlicher Grundlage beruhende Darstellung, daß die aus allen Parteischattirungen zusammengesetzte Versammlung in die größte Spannung veretzt wurde. Redner ging dann auf das Parteiprogramm über, zerlegte es Punkt für Punkt mit einer Klarheit und Offenheit, daß selbst Parteigenossen denselben belobigen mußten. Hauptächlich klar besprach er das Wahlrecht und die Stellung der Arbeiter zu denselben, sowie die Frauen-, Kinder- und Zuchthausarbeit. Nachdem nun Redner 3 volle Stunden gesprochen, wurde zum Eintritt in die sozialdemokratische Arbeiterpartei aufgefordert und eine Sammlung für unsere Inhabstituten veranstaltet, welche die Summe von 12 fl. 36 kr. ergab. Möge nun der angestrenzte Samen hundert-, ja tausendfältige Frucht bringen.

Berlin. Herr A. Kapell erlaubt sich in einer geistreich sein sollenden Bemerkung der Nr. 130 des „Neuen“, den bekannten „Nathan Schlesinger“ als unsern „jetzigen Parteigenossen“ zu bezeichnen. Nathan der „Würgengel“ ist nie unser „Parteigenosse“ gewesen und kann es nie werden. Unsere Partei wird unter keinen Umständen einen Menschen in ihre Reihen aufnehmen, dessen Leben und Thaten der vollendeten Donquixoterie angehören, einen Menschen zumal, den die Herren Kapell und Genossen — als sie ihn zur Störung unsers Eisenacher Kongresses als Hauptmatador ins Feuer schickten — 3 mal 24 Stunden hintereinander nicht nüchtern werden ließen.

Berlin. den 4. Nov. Schuhmacher Deutschland's, Oestreich's und der Schweiz! Die unterzeichneten Comité-Mitglieder zur Einberufung des Schuhmacher-Kongresses, welcher vom 17. bis 20. November 1872 Sophienstraße 16 in Berlin stattfindet, erklären, bezugnehmend auf die von verschiedenen Seiten angegangenen direkten wie indirekten Angriffe und Aeußerungen: Wir beabsichtigen nicht, in dem neuzugründenden Allgemeinen Schuhmacher-Verein irgend welche Existenzen für uns zu schaffen. Unterzeichnete Comitémitglieder haben ihre Existenz — und haben nicht nöthig, auf irgend etwas anders zu hungern; der Vorwurf des Egoismus u. s. w. kann nur auf die Herren zurückfallen, von denen er gekommen. Um allen weiteren Angriffen die Spitze abzubreaken, erklären wir, daß wir überhaupt nicht gesonnen sind, in dem neuzugründenden Verein ein Amt anzunehmen. Wir hoffen

ganz bestimmt, daß die zu besetzenden nöthigen Aemter von tüchtigen auswärtigen Kollegen besetzt werden können. Wir haben unsere jetzigen Machtbefugnisse aus öffentlicher Wahl von unsern Kollegen erhalten und werden trotz aller Anfeindung dieselben bis zum Kongress aufrecht erhalten, um sie alsdann der Souveränität des Kongresses selbst zu übergeben. Unsere Devise wird bleiben: Verbesserung unserer Lage durch Einigkeit.

Das Comité: F. Aurin, Armbrorst, Herrling, Kühn, Engler, Stern.

Ferner diene noch zur Nachricht, daß wir mit folgenden Städten in Correspondenz stehen, welche theilweise Mandate eingesandt, theilweise Delegirte zum Kongress angemeldet haben: Frankfurt a. S., Hannover, Hildesheim, Bremen, Dresden, Pest, Stuttgart, Brounberg, Stettin, Altona, Leipzig, Rochlitz, Gladbach, Linz, Parbin, Schivelbein, Braunschweig, Rastenburg, Clausthal, Burg, Ballenstädt, Merane, Breslau, Berlin, Grewen, Sondershausen, Schwerin, Carlshöhe, Gollnow, Mühlhausen im Elsaß, Frauenburg, Pleslau, Plan, Ostheim am Rhein, Kottbus, Wöln, Pforzheim, Endfeldern, Karau in der Schweiz, Alope, Holzwinden, Labiau, Voldenbein, Grotzsch, Rastenburg, Neustadt a. S., Forst. Auch laufen noch täglich Anmeldungen ein.

Dem Herrn Schäfer (Leipzig) zur Nachricht, daß die Aufrufe nebst der Tagesordnung Jedem bekannt sein müssen, und wir alles Weitere dem Kongress zu überlassen gedenken. Sämmtliche Briefe werden dem Kongress vorgelegt worden.

Mit kollegialischem Brudergruß

F. Aurin, Vorsitzender, Königsgraben 15. in Berlin, wohin alle Briefe zu richten sind.*

Rochlitz. Auch die hiesigen Schuhmacher erklären sich für Weimar als Kongressstadt und nicht für Berlin. Der Kongress muß aber stattfinden und wenn er auch um ein paar Tage hinausgeschoben werden müßte. Wir ersuchen alle Kollegen, sich für Weimar zu erklären.

Für das Comité: Karl Mariin, Vorsitzender.

Stuttgart. 5. Nov. Abrechnung vom Schuhmacherstr. Einnahme durch Simon aus Sieben fl. 3. 30; Koch ebendaf. 2. 9; Ungewitter aus Augsburg 1. (Sendung) 10. —; 2. Sendung 10. —; 3. Sendung 8. 12; Peter Müßig aus Offenbach 1. Sendung 12. —; 2. Sendung 18. —; 3. Sendung 15. —; Scherbauer aus Nürnberg 1. Sendung 6. —; 2. Sendung 10. 30; Holz aus Mainz 1. Sendung 20. —; 2. Sendung 20. —; Kils aus Mainz 1. Sendung 17. 45; 2. Sendung 5. 38; Weber aus Halberstadt 7. 5; Kühn aus Berlin 1. Sendung 20. 11; 2. Sendung 6. 35; Doeff aus Berlin 8. 45; Wohlhart aus Eßlingen 8. —; von der internationalen Gewerkschaft der Tuchmacher und Handarbeiter in Eßlingen durch Morlot (1. Sendung) 3. 48; ders. (2. Sendung) 4. 46; durch Bühler aus Heilbronn 11. —; Schulz aus Wiesbaden 3. 54; Kaiser aus Würzburg 1. Sendung 5. —; 2. Sendung 5. —; Baromettel aus München 20. —; Lang aus München 20. —; Charles Igi aus Genf 24. 44; Faigel aus Ludwigsburg 1. Sendung 6. —; 2. Sendung 2. —; Köstler aus Heilbronn 3. —; Lange aus Braunschweig 17. 30; Köhner aus Bremen 7. —; Hahn aus Ballingen 5. —; Starte aus Düsseldorf 19. 15; Schentel aus Passau 2. —; Zilger aus Dresden 10. 30; Tömler aus Dresden 8. 45; Langholz aus Altona 1. Sendung 21. —; 2. Sendung 21. —; Bonken aus Leipzig 5. 15; Ulrich aus Leipzig 8. 45; Casp. Sorg aus Wandorf im bad. Schwarzwald 11. 18; Liebertie aus Celle 1. 45; Reimle aus Erfurt 3. 30; Dittler aus Pforzheim 13. 24; Schmidbauer aus Straubing 4. —; Bokerdt aus Gotha 3. 30. Hiesige Einnahme aus Stuttgart 62. 14. Summa fl. 544. 13.

Ausgaben: für Reiseunterstützung fl. 59. 16; für Briesporto und Druckkosten 52. 53; für Unterstützung 391. 3. Summa fl. 508. 12. Bleibt Kassenbestand fl. 41. 1.

Allen Kollegen unsern besten Dank für die Unterstützung.

Mit sozialdemokratischem Gruß Ernst Strecker. Da ich gezwungen bin, von Stuttgart abzureisen, so wolle man gefälligst in den nächsten Nummern im Briefkasten nach meiner Adresse sehen. Ernst Strecker.

Hannover. Erklärung. Zum offenbacher Schuhmacherstreik müssen wir, gegenüber der in Nr. 76 enthaltenen Bemerkung, daß wir die offenbacher Kollegen nicht unterstützen hätten, erklären, daß sich die Sache so verhält: Den ersten Brief des Herrn Kölsch, der auf 1/2 Bogenformat geschrieben war, haben wir in der darauf einberufenen Schuhmacherversammlung verlesen; mit ihm zugleich den Brief der sächsischen Kollegen, denen wir 8 Thaler zuschickten. Wir haben darauf Herrn Kölsch geschrieben, daß er den Strike doch auch im „Neuen Sozial-Demokrat“ annonciiren möchte, da wir doch nicht alle Blätter lesen können. Einen zweiten Brief, (vom 26. Juni) den wir von F. Schäfer und W. Kölsch erhielten, konnten wir gleichfalls nicht für genügende Legitimation ansehen.

Zur Zeit des mainzer Schuhmacherstreiks haben wir den mainzer Kollegen 8 Thaler gesandt, wir wissen aber — da trotz unseres Wunsches im „Neuen Sozialdemokrat“ keine Mitteilung erschien — noch heute nicht, ob sie das Geld erhalten haben.

Im Namen der Kollegen in Hannover:

W. Schulz.

Zum Cigarrenarbeiter-Kongress.

Kollegen!

Anknüpfend an unsern letzten Aufruf und gewissermaßen gezwungen durch die gegen uns geschleuderten Angriffe und Beschimpfungen (wie „Soldner des Fabrikanten-Bundes“, „Buben“ und „Diener des Kapitals“) von Seiten verschiedener Mitgliedschaften, desgleichen die, mit welchen der Geschäftsführer des deutschen Tabakarbeiter-Vereins, Herr Frigische die Leipziger zu beehren geruhete, sehen wir uns veranlaßt, Euch folgende Motivirung zu unterbreiten.

Die Gründung eines neuen Vereins betreffend, worüber man vor allen Dingen uns anzugreifen sich für berechtigt hält, müssen wir bemerken, daß wir erstens nur im Falle einer massenhaften Theilnahme, vorzüglich von Seite des deutschen Tabakarbeiter-Vereins, zweitens wenn wir ein wirkliches Heil für die Korporation darin erblickten, und drittens wenn wir überzeugt sind, daß eine Reformation des genannten Vereins durchaus unmöglich ist, dazu schreiten würden.

Hauptzweck unserer Agitation ist die Erweckung der vielen Tausende unserer Kollegen, welche seit Jahren in die tiefste Lethargie versunken sind; und obgleich durch die erwähnten Angriffe und Beschimpfungen der Erfolg unsers Auftretens etwas abgeschwächt worden ist, so haben wir doch heute schon die Genugthuung, daß unsere Arbeit nicht vergebens sein wird! —

Wir fühlen heute mehr als je das Bedürfnis der Ver-

einigung; denn wollen wir einen Kampf auf korporativem Boden (Strike), welcher heute in den meisten Fällen dem Arbeiter kaum zu überwindende materielle Schäden bringt, mit Erfolg durchzuführen, oder wollen wir uns die wenigen, mühsam genug errungenen Rechte (Coalitions-, Vereins- und Versammlungsrecht u. s. w.) nicht wieder entreißen lassen, dann müssen wir uns einigen, um unser Massenwort zur rechten Zeit ertönen zu lassen.

Da nun seit Jahren schon alles Vertrauen (nicht zum Verein, welchen weder wir noch andere ehrlich denkende Kollegen im Grundprinzip oder der Organisation anfeinden werden), sondern zu Herrn Frigische — und leider mit vollem Recht — geschwunden ist, denn kaum ist die Generalversammlung zu Ende, und schon hat sich genannter Herr wieder verschiedene Uebergriffe und diktatorische Handlungen (siehe Botshafter No. 36, 40, 41 u. s. w.) zu Schulden kommen lassen; da überhaupt keine Aussicht vorhanden ist, Herrn Frigische jemals in die Schranken seiner Funktionen zu verweisen, so soll der Kongress die Schritte bahnen auf welcher die in Differenz gerathenen Kollegen zu einander übergeführt werden sollen.

Uns würde es freuen wenn der Kongress einstimmig den Beschluß fassen würde, en masse in den Verein zu treten, um innerhalb desselben den vorhandenen Krebsgeschäden zu heilen, resp. die souveränen Mitglieder vor Uebergriffen zu wahren.

Noch bemerken wir, daß im Gegenzug zu Hildesheim, Mannheim, Verden, Vöbau u. s. w. auch Mitgliedschaften des deutschen Tabakarbeiter-Vereins (worunter sogar eine bedeutende) sich mit unserm Vorgehen einverstanden erklären und auf dem Kongress vertreten sein werden.

Der Allgemeine Tabak- und Cigarrenarbeiter-Kongress findet statt vom 23.—26. November 1871 im Saale der Gesellschaftshalle (Mittelstraße Nr. 9) in Leipzig, und werden die Herren Delegirten von den Mitgliedern des Wohnungs-Ausschusses, welche Sonnabend, den 23. November von Mittag an an den Bahnhöfen stationirt und an weißen Schleifen kenntlich sind, in Empfang genommen, und nach dem Kongresslocal geleitet. Sollte einer der Herren Delegirten vom Wohnungs-Ausschuß übersehen werden, so wird gebeten, sich nach dem Kongresslocal zu bemühen.

Programm:

Sonnabend Abends 8 Uhr: Begrüßung und gemüthliches Beisammensein. — Sonntag Vormittags 11 Uhr Eröffnung des Kongresses, Wahl des Büreaus und der Mandats-Prüfungs-Kommission. Nachmittags 3 Uhr: Eröffnung der Debatten.

Montag und Dienstag: Fortsetzung der Debatten. Dienstag Abends 8 Uhr: Allgemeine Cigarrenarbeiter-Versammlung.

Bestimmungen.

Jeder Delegirte hat ein, vom Vorsitzenden und Schriftführer der Wahlversammlung sowie von 3 Kollegen unterzeichnetes und mit der Zahl der zu Vertretenden versehenes Mandat beizubringen. Anträge und sonstige Zuschriften werden erbeten und sind solche bis spätestens Donnerstag den 21. November an Julius Geithe, Reudnitz-Leipzig Seitenstraße No. 2 zu senden.

NB. Wir lassen, außer an die bereits Angemeldeten, gegenwärtiges Schriftstück noch an die bedeutenderen Orte, wo unsere Industrie vertreten ist, gelangen, mit der nochmaligen herzlichen Bitte um weitere Zusätze zur Theilnahme am Kongress und ersuchen solche bis Mittwoch den 20. November an obige Adresse gelangen zu lassen.

Mit der Hoffnung, daß die uns angreifenden Kollegen ihren Irrthum einsehen und uns die Hand zum gemeinschaftlichen Aufbau des Einigungswerts bieten, und der bevorstehende Kongress einer recht zahlreichen Theilnahme (vorzüglich von Seite der Mitglieder des deutschen Tabakarbeiter-Vereins, an welche wir hiermit nochmals appelliren) sich erfreuen wird, zeichnet

Mit kollegialischem Brudergruß und Handschlag

Das Comité:

H. Gäbler, E. Kirsten, L. Dörfel, W. Langer, P. Krebs, H. Schmidt, J. Geithe in Leipzig. — D. Stelzner, F. Freudenberger, F. Jungmann, E. Jacob, A. Zwieler in Altenburg.

Begeßack. 7. Nov. Sämmtliche Cigarrenarbeiter werden ersucht, den Zuzug nach Begeßack wegen verschiedener Differenzen zu verhindern. Ausführlicher Bericht folgt.

Sämmtliche Cigarrenarbeiter von Begeßack.

Innere Partei-, Verwaltungs- und Organisationsangelegenheiten.

Folgende Orte haben trotz mehrfacher Aufforderung noch keine Vorschläge zur Ernennung von Vertrauensmännern gemacht: Altona, Arnstadt in Thüringen, Burgstädt, Barmen, Celle, Charlottenburg, Connewitz, Golditz, Darmstadt, Eßen, Ebersfeld, Freiberg in Sachsen, Frankenhäuser, Selenau, Sora, Siengen, Orinima, Herdsfeld, Herborn, Kirchberg in Preußen, Leutenkendorf, Lausitz, Münchenberndorf, Mülau, Mühlheim bei Offenbach, Marienberg in Sachsen, Neustadt a. d. Orla, Neuschönfeld, Offenbach, Oelsnitz, Penig, Neu-Hsenburg, Pölgitz, Rochlitz, Reutlingen, Saalfeld, Scharbeck, Solingen, Speier, Waldheim, Würzburg, Waldenburg in Sachsen, Wiltau, Wechselburg, Zwickau.

Wir erwarten, daß die Parteigenossen dieser Orte innerhalb 14 Tagen ihren Pflichten nachkommen werden.

Hamburg, den 11. November 1872.

Der Ausschuß.

J. A.: Th. Jörd, Amanastr. 44.

Die Vertrauensmänner werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß bei Bestellung von Material der Betrag für die gewünschte Anzahl in Briefmarken beigefügt werden muß.

Das Protokoll des Mainzer Kongresses wird von Unterzeichnetem den Vertrauensmännern aller Orte zugesandt. Der Preis ist auf zwei 2 Sgr. pro Stück festgesetzt. Orte, die mehr als 10 Exemplare zugesandt wünschen, wollen unter Beifügung des Betrages und dies sofort mittheilen, worauf die Zusendung sofort franko erfolgen wird.

Hamburg. Theodor Jörd.

Für die Inhabitirten gingen ferner bei uns ein:

Von den Parteigenossen in Ramenz durch R. Wendt 3 Thlr. 21 Sgr. 3 Pf., von den Parteimitgliedern in Großen bei Zwickau durch Dogauer 6 Thlr., von G. Lewenstein in Jäth 14 Thlr. 20 Sgr., von den Parteimitgliedern in Limbach durch Schumann laut Bogen 317 2 Thlr. 7 Sgr. 5 Pf., von den Parteigenossen in Raxburg 1 Thlr. 15 Sgr. und von den Herren R. und S. ebendafelbst 1 Thlr. 10 Sgr., von den Parteigenossen in Plattenitz Glad. durch H. R. 3 Thlr. 13 Sgr. 7 Pf., von Reichendach durch J. Müller 3 Thlr., von Gotha durch C. Gieseler 2 Thlr. 12 Sgr., von Rimeida durch Alwine Kießing 6 Thlr. 17 Sgr. 3 Pf., von Penig durch L. Kling von Stiftungsfest 2 Thlr. 15 Sgr., 3 Pf. Druck-Fabrik 1 Thlr. 6 Sgr., von Orla durch G. Heinrichs 2 Thlr. 15 Sgr., Heinrichs desgl. 5 Thlr. 26 Sgr. 6 Pf., v. Rahne i. Deut 1 Thlr. 10 Sgr. 5 Pf., von Schw.-Gmünd durch Rossmavorowski 3 fl. 10 kr., Pfeffer durch Steinbacher 2 fl., von Penig durch A. Döberein, Ergebnis

einer Volksversammlung 2 Thlr. 5 Sgr., von Dresden durch G. Weim 17 Sgr., von Berlin durch Havenith Liste Nr. 17 10 Thlr., von Buch durch Reed 5 Sgr., von Augsburg durch Schel 4 Thlr. 4 Sgr., von Oberlungwitz durch M. Klinge auf Liste 473. 475 3 Thlr. 1 Sgr., von Göttingen durch M. Schmüdhanler 3 Thlr. 5 Sgr., von Eisenach durch Barowski 6 Thlr. Ferner sind eingegangen von Genf 13 Thlr. 10 Sgr. ohne Angabe, wofür; ferner durch Fink in Leipzig 1 Thlr. zur Förderung der Agitation. Desgleichen von Reutlingen Schuldschein 373, wie von Meinde in Hamburg Schuldschein Nr. 48. 49. 50. 51. 52. Hamburg, den 6. Nov. 1872.

H. Benncke, Partei-Kassirer. Kl. Schäferkamp 34.

Briefkasten: der Expedition: Diegen in Siegburg für Schriften 1 Thlr. — Stein in Wien für Schriften 2 Thlr. 24 Sgr., für 2 Thlr. 9 Sgr. — J. in Hof: der Versandt von Volksstaatkalender hat die Effecturung von anderen Bestellungen zurückgehalten. — Nicol in Wien für Schriften 5 Thlr. 3 Sgr. — Lech in Schöpfenbeim für Schriften 1 Thlr. 14 Sgr. — Manuf.-Gew. Großenhain f. Annos 8 Sgr., f. Schriften 1 Thlr. 22 Sgr.

der Redaktion: Ph. W. in Cassel: Theils bereits erledigt, theils unwesentlich. Um die betreffende Nr. des „Tageblatt“ aber wird gebeten — F. Becker in Altona: weder Expedition, noch Redaktion hat den 27. October von Ihnen aufgegebenen Brief nebst Einlage erhalten — J. S. in München: nächste Nummer. Das Couvert war dertat durch Feuer zerstört, daß wir den Inhalt bequem herausnehmen konnten. — F. S. in München: nächste Nummer.

Für politisch Gemäßigtere.

Von H. F. H. hier 20 Sgr., von Harnisch 7 Sgr. 5 Pf., von P. 1 Thlr. Die Expedition des Volksstaat.

Anzeigen etc.

Altona. Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Geschlossene Mitgliedsversammlung Donnerstag, den 14. November, Abends 9 Uhr, im Schuhmacher-Amtshaus, große Bergstraße. Tagesordnung: Innere Vereinsangelegenheiten. NB. Das Erscheinen der Mitglieder ist nothwendig. Der Vorstand.

Berlin. Der Sozialdemokratische Arbeiterverein feiert am 16. November d. J., Abends halb 9 Uhr in Lieberts Selenstr. 12, sein

Stiftungsfest mit Gesang, Festrede, Vorträgen und Tanz. Entree à Person 2 1/2 Sgr. — Billets sind zu haben bei Th. Meyner, Eilenstraße 79 und Malewsky, Staatsdruckerei-Verlag 50 u. 51. Freunde und Bekannte sind zu recht zahlreichem Erscheinen eingeladen. D. S.: Th. Meyner.

Frankfurt a. M. Die Parteigenossen versammeln sich jeden Samstag, Abends 9 Uhr im Caféhaus zur Stadt Kreuznach, Dominikanergasse Nr. 10. NB. Im Saalzimmer liegt der „Volksstaat“ aus.

Hamburg. Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Versammlung heute, Mittwoch, Abends 9 Uhr bei Eberbahn, Jungbansmarkt Nr. 31. Tagesordnung: die Hamburger Verfassungsrevision. Referent: Th. Kießel. Gäste haben Zutritt. Zu zahlreichem Besuch ladet ein: Der Vorstand.

Leipzig. Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Freitag, den 15. Nov., Abends 8 Uhr, Sitzung im Saal der Restauration von Zeidler, Gr. Windmühlengasse 7. Tagesordnung: Vortrag über soziale und politische Entwicklungsperioden. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Für das Großherzogthum Hessen.

Durch die Neuwahl des Landtages tritt an die Sozialdemokraten des Großherzogthums die Frage: wollen wir uns an der Wahl beteiligen? Der hiesige sozialdemokratische Arbeiterverein beschloß in seiner Wochenversammlung vom 9. d. zur Beantwortung der Frage: (die Theilnahme an der Landtagswahl) eine Landesversammlung auf Sonntag, den 11. November nach Darmstadt einzuberufen, zu welcher alle Arbeitercorporationen (Gewerkschaften u. s. w.) der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins hiermit dringend eingeladen werden, sich durch Delegirte vertreten zu lassen.

Die Versammlung findet Nachmittags 2 Uhr im oberen Saale der Winter'schen Brauerei, Rheinstraße, statt. Wir hoffen, daß im Interesse der sehr wichtigen Sache kein Vereinerzucht und die Vertretung eine recht zahlreiche wird.

Darmstadt, den 10. Nov. 1872.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Arbeitervereins.

Julius Röthing

in Körnerstraße 14a Leipzig Körnerstraße 14a

Herren - Kleidermacher

empfehlte sich zu Anfertigung aller Arten

Herren-Garderobe.

Bedienung stets prompt und billig.

Für ein größeres Schneidergeschäft wird ein im Schneiderwesen unerfahrenes junges Mädchen als Stübe der Prinzipalin gesucht. Gehalt nach Uebereinkunft. Reisegeld vergütet. Adressen beliebe man an: Frau Bertha Dillfort, Cath. Rathhofsgegend, zu richten.

Bierfeldel sowie Tassen

mit den Photographien der Herren Bebel, Liebknecht u. s. w., empfiehlt trotz der Steigerung des Materials sowie der Arbeitslöhne, immer noch zu dem alten Preis von 2 1/2 Sgr. das Stück. J. C. Seif, Leipzig, Sternwartenstraße 15a. Bestellungen nach Auswärts nimmt entgegen W. Fink, Hofstraße 2a.

Interims-Couturen.

Von R. R. Nr. 10 in Reichendach (Sachsen) Thlr. 1, A. S. 11 das. 1, L. E. Nr. 12 das. 1, C. R. Nr. 13 das. 1, — B. J. Nr. 216 in Rain; 10, Derselbe Nr. 217, 10, G. L. Nr. 218 das. 1, Derselbe Nr. 219 10, — E. J. Nr. 110 in Buchau 1, W. S. Nr. 111, A. R. 112 das. 1, Frau R. Nr. 113 das. 1, W. R. Nr. 221 das. 1, — R. P. in Hamburg Nr. 158 1, Ch. R. Nr. 159 das. 1, C. Nr. 160 das. 1, J. S. J. R. Nr. 161 das. 5, F. L. Nr. 163 das. 3, P. R. 164 das. 1, A. G. Nr. 165 das. 1, — F. G. Nr. 166 Altona 10, Th. R. Nr. 167 das. 1, — H. Sch. Nr. 168 in Hamburg 1, S. B. Nr. 170 das. 1, Do R. Nr. 173 das. 5, C. P. Nr. 174 das. 1, C. W. Nr. 220 das. 1, — A. H. Nr. 115 in Dresden 1, R. Nr. 216 das. 1, C. B. Nr. 117 das. 1, C. R. Nr. 120 das. 3, W. R. Nr. 121 das. 1, W. R. Nr. 122 das. 1, R. R. Nr. 123 das. 1, A. B. B. Nr. 124 das. 2, Derselbe Nr. 125 2, Derselbe Nr. 126 2, C. S. Nr. 127 das. 10, — J. R. Nr. 145 in Ham bei Hamburg 1, C. S. i. Wandsbeck Nr. 146 2, F. W. Nr. 147 das. 1, Ders. Nr. 148, Frau W. Nr. 149 das. 2, S. R. Nr. 150 das. 3, Derselbe Nr. 151 3, C. S. Nr. 152 1, S. R. Nr. 153 das. 1, J. R. Nr. 154 das. 1, J. R. Nr. 155 das. 1, S. R. Nr. 156 das. 1, C. R. Nr. 157 das. 1, — F. R. Nr. 180 in Dresden 1, C. S. Nr. 181 das. 1, L. Sch. Nr. 182 das. 1.

Zur Notiz: Alle Diejenigen, welche noch im Rückstande sind, jedoch schon Interims-Couturen erhalten haben, werden ersucht, schleunigst Zahlung zu leisten.

Mit Gruß H. Benncke.

Leipzig: Verantw. Redakteur A. Wuth. (Redaktion und Expedition Hofstr. 4.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei

*) Dieser, vom 4. datirte Brief ist erst am 7. zur Post gegeben und am 8. in unsere Hände gelangt. Eine Rechtfertigung auf die in Nr. 89 d. Bl. vom 6. d. M. enthaltenen Angriffe finden wir in diesem Schreiben nicht.